STADTROTINFO

Nr. 18
26. März
2003

Zeitung der PDS Offene Liste im Rat der Stadt Essen

V.i.S.d.P. PDS-Ratsgruppe, An St. Marien 1, 45141 Essen, Telefon: 02 01-8 60 29 04, Fax: 02 01-8 60 29 06

Die USA und England haben den Angriffskrieg gegen den Irak begonnen.

Auch die CDU in Essen ist auf Kriegskurs. Wenige Tage vor Kriegsbeginn bot die CDU mit der FDP im Schlepptau im Stadtrat ein beschämendes Bild. Sie verhinderte die Abstimmung über die von SPD, Grünen und PDS beantragte Unterstützung der von inzwischen über 160 US-Städten getragenen Kampagne „Cities for Peace“ durch den Beschluss: „Übergang zur Tagesordnung“. Wer mit einer Stimme Mehrheit Anliegen von Minderheiten so niederbügelt, vergiftet das Klima im Ratssaal. Die PDS will dies auch im Ältestenrat noch einmal zur Diskussion stellen und hat OB Reiniger entsprechend angeschrieben.

OB Dr. Reiniger lehnte auch einen Vorschlag der SPD ab, vor dem Rathaus die Friedensfahne. 80 % der Teilnehmer einer Telefonumfrage von Radio Essen sprachen sich für den Vorschlag aus. OB Dr. Reiniger hält die Friedenstaube für ein Symbol des Pazifismus und Pazifismus für nicht geeignet als Antwort auf die Bedrohung in dieser Welt. Damit rechtfertigt er Krieg als „normales“ Mittel der Politik.

Auch in Essen haben dagegen viele Menschen ihren Protest gegen Krieg auf die Straße getragen – auch wenn es natürlich immer mehr sein könnten. Einige Betriebe beteiligten sich an der DGB-Aktion am 14.2.2003, wenige Tage später demonstrierten 7.000 Schüler/innen, am „Tag X“ knapp 1.000 Menschen in der Innenstadt.

Gabriele Giesecke

Berliner Platz

Investor „winkt“ – Bürgerwille abgehakt

Noch zur Lichtburg – Neueröffnung unterstrich OB Dr. Reiniger die Bedeutung der Bürgerbeteiligung für die Stadt Essen. Wenige Tage später änderte die Mehrheit der CDU im Stadtplanungsausschuß den bisher gültigen Bebauungsplan und empfahl dem Rat einen Grundsatzbeschluß, auf dessen Grundlage die Verwaltung die Planung des Einkaufszentrums „Essen Arcaden“ beginnen kann.

Seit vier Jahren wurde geplant. Eine Perspektivenwerkstatt sollte Bürgerideen einbringen und im Beteiligungsprozess sollte ein Stadtquartier von prägendem Charakter entstehen. Doch als dann im Dezember letzten Jahres die mfi mit ihrem Einkaufszentrum „Essener Arkaden“ auftauchte, wurden all diese beteiligungsorientierten Überlegungen über den Haufen geworfen. Mit starrem Blick auf das Geld bzw. der Firma mfi als möglichem Investor, löste sich die Bürgerbeteiligung in blauen Dunst auf.

Dabei gibt es neben der Missachtung des Bürgerwillens noch eine Vielzahl anderer Gründe, die gegen ein Einkaufszentrum auf dem Berliner Platz sprechen. Da ist das Argument, dass die „Essener Arcaden“ wie eine Barriere zwischen der Innenstadt und dem Universitätsviertel läge. Ein Einkaufszentrum ist ein nach innen konzipiertes Gebilde. Menschen sollen innerhalb der Gebäude bleiben und einkaufen. Eine solche Einrichtung ist also denkbar ungeeignet eine Brücke zu schlagen zwischen der Innenstadt und dem Universitätsviertel. Da ist des weiteren absehbar, dass das Einkaufszentrum zu Lasten des vorhandenen Einzelhandels gehen wird. 35.000 qm Verkaufsfläche sollen die „Essen Arcaden“ haben, dadurch würde die gesamte Verkaufsfläche in der Innenstadt (derzeit 180.000 qm) um fast 20 % aufgestockt. Auch in der Studie des potentiellen Investors mfi wird davon ausgegangen, dass die möglichen Umsätze auch zu Lasten der mittleren und kleinen Einzelhändler in der City und den Stadtteilzentren. Wörtlich heißt es: „Die Auswirkungen des Projektvorhabens dürften sich ... in erster Linie in den weniger bevorzugten Nebenlagen der Essener City zeigen.“ (Verträglichkeitsstudie, S. 71)

Und selbst wenn der Umsatz der „Essen Arcaden“ vor allem auf Kosten

Seite 2

Haushaltsberatungen 2003

Wie in den letzten Jahren lädt die PDS-Ratsgruppe herzlich zur Diskussion über den Haushaltsplan-Entwurf 2003/04 mit den Ratsmitgliedern Gabriele Giesecke und Hans-Joachim Stahl sowie Frank Kuschel (Geschäftsführer des Kommunalpolitischen Forums Thüringen, Haushaltsexperte) ein.

Am Freitag, 28. März 2003, 18.00 Uhr ist im Rathaus, Raum 1.16 „Tampere“ (1. Etage im Ratstrakt) ist ein Hearing, zu dem wir alle interessierten Organisationen und Initiativen eingeladen haben.

Schwerpunkte der Diskussion werden sein:

Was sind die „Knackpunkte“ im Essener Haushalt?

Gibt es „Spar“-Möglichkeiten, die nicht in Richtung Soziales und Privatisierung gehen, und sollen wir uns an der Diskussion beteiligen?

Hat die Kommune überhaupt noch Handlungsspielräume?

Am Samstag, 29.3.2003, ist von 10.00 – 14.00 Uhr die eigentliche Haushaltsklausur. Auch sie ist öffentlich in der Geschäftsstelle der PDS-Ratsgruppe, An St. Marien 1.

GATS: Einfallstor für weitere Privatisierungen

PDS will mit Ratsantrag Debatte im Rat in Gang setzen

Was, zum Teufel, ist „GATS“, fragt die PDS in einem Flyer zum Thema GATS. Und das werden sich viele fragen. Mit dem GATS hatten die Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation WTO im Jahr 1995 das erste Abkommen zur weltweiten Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte in ihr Vertragswerk aufgenommen. Die 144 Mitgliedsländer verpflichten sich, beim Handel mit Dienstleistungen ausländische Anbieter inländischen Anbietern gleichzustellen und Handelsbeschränkungen aufzuheben.

Bei den derzeitigen Verhandlungen geht es um weitere Schritte zur Liberalisierung. Auch kommunale Dienstleistungen, die zum Kernbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, sollen international ausgeschrieben werden und sich der Konkurrenz auf dem Markt stellen. Gleichzeitig sollen Kommunen verpflichtet werden, auch private Anbieter im gleichen Umfang zu subventionieren, sofern sie vergleichbare Dienstleistungen anbieten. Das Thema ist also für die Kommunen hoch brisant. Der Druck in Richtung Privatisierung wird enorm steigen.

Ein Beispiel: Auch die Wasserver- und Abwasserentsorgung soll von Privaten organisiert werden können – die internationalen Konzerne wie das RWE liegen in den Startlöchern. Der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) warnt davor. Er fordert gegenüber der EU-Kommission, die die GATS-Verhandlungen führt, die Bereiche Wasserver- und Abwasserentsorgung komplett aus den GATS-Verhandlungen herauszunehmen. Durch GATS sei die Teilhabe von Menschen an Trinkwasser von hoher Qualität gefährdet. In vielen armen Ländern mangelt es an sauberem Trinkwasser. Durch die durch GATS vorangetriebene Privatisierung würde Trinkwasser in vielen Ländern zu einem unbezahlbaren Gut.

Daseinsvorsorge muss öffentliche Aufgabe bleiben!

Auch die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Chancen“ hat gegen ein Ausufern der Gegenstände von GATS Bedenken und fordert, dass „... Leistungen der Daseinsvorsorge (wie z.B. auch die öffentlichen Bildungs- und Kulturdienstleistungen) aus den Verhandlungen des GATS herausgenommen und auch nicht als Tauschoption für die Marktöffnung weiterer privater Dienstleistungen gelten“ sollten. (Dt. Bundestag, Ds. 14 /9200; S. 155)

Trotzdem laufen die Verhandlungen weiter, weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Bis Ende März 2003 sollen die Staaten ihre Vorschläge vorlegen, was unter das GATS fallen soll. Ob sich die rot-grüne Bundesregierung wenigstens die Positionen der Enquete-Kommission zu eigen macht, ist noch nicht klar. Anfang 2005 sollen die Verträge in Kraft gesetzt werden. Höchste Zeit also für die Kommunen, sich damit zu befassen. Dahin zielt der Antrag der PDS, der zunächst eine Berichterstattung der Verwaltung einfordert. Es sollte eine breitere, nicht auf den Ratssaal beschränkte, öffentliche Debatte erfolgen.

Bisher wurden die GATS-Verhandlungen vor allem aus dem Kreis der Globalisierungsgegner wie Attac kritisch begleitet. Attac organisierte gerade jetzt im März eine Kampagne zu GATS. In Essen findet u.a. die Veranstaltung „Der Rückzug ins Private – GATS und Privatisierung von Dienstleistungen“ statt. Sie ist einen Tag nach der Ratssitzung am Donnerstag, 27.3.2003, 19.00 Uhr im DGB-Haus. Der Flyer der PDS zu GATS sowie weiteres Material kann auch in der Geschäftsstelle der PDS-Ratsgruppe abgerufen werden. Wir dokumentieren hier unseren Antrag sowie eine kurze Historie zum GATS. *Gabriele Giesecke*

Dokumentiert: Antrag an den Rat

Der Rat der Stadt beauftragt den Oberbürgermeister und die Verwaltung,
... umfassende Informationen zum Fortgang der Verhandlungen zum GATS anzufordern; dabei sollen insbesondere mögliche Rückwirkungen auf demokratische Rechte der Kommunen sowie auf die Zukunftschancen der kommunalen Unternehmen dargestellt werden; ...

sich ... dafür einzusetzen, dass die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission des 14. Deutschen Bundestages zur Prüfung und öffentlichen Diskussion vor Einleitung neuer Liberalisierungsschritte sowie zur Herausnahme von Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge aus dem GATS umgesetzt werden.

Ausdrücklich unterstützt der Rat der Stadt Essen die Forderung des Verbandes kommunaler Unternehmen, dass Wasserversorgung und Abwasserentsorgung grundsätzlich aus dem Geltungsbereich des GATS ausgenommen werden sollen.

Von Gatt zu GATS

Der Anfang des Welthandelssystems geht auf die Internationale Handelorganisation (International Trade Organisation, ITO) zurück, die im Jahre 1947 gegründet wurde. Die ITO sollte geordneten globalen Handel unter der Zuständigkeit der UNO fördern. Wichtige soziale Gesichtspunkte wie z.B. Vollbeschäftigung und die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen garantierten Rechte sollten dabei ausdrücklich berücksichtigt werden. Seitdem gab es acht Handelsabkommens-Runden. Am Ende der „Urugay-Runde“ wurde 1994 das GATS (General Agreement on Trade in Services) formuliert. Sein Ziel ist die „Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen. Auf der Prioritätenliste der US-amerikanischen „Koalition der Dienstleistungsindustrien“ und des „Europäischen Dienstleistungsforums“ stehen: Gesundheitswesen, Krankenhauswesen, häusliche Pflege, Zahnbehandlung, Kinderbetreuung, Altenbetreuung, Schulwesen, Museen, Büchereien, Rechtspflege, Sozialberatung, Architektur, Energiewesen, Wasserversorgung, Umweltschutzdienste, Immobilienwesen, Versicherungen, Tourismus, Postdienste, Verkehr, Verlagswesen, Funk und Fernsehen u.v.m.

Nach der Ratifizierung spätestens Anfang 2005 sollen nahezu sämtliche Dienstleistungen von und für Menschen zur bloßen Handelsware werden. Die Privaten sollen dann generell Vorrang vor öffentlichen und gemeinnützigen Trägern haben. Alle öffentlichen Eigenleistungen oder Subventionen werden untersagt, sanktioniert oder sind den privaten Anbietern ebenfalls zu gewähren. „Wettbewerbsverzerrende“ Sozial-, Tarif-, Umwelt- oder Verbraucherstandards sind dann ebenfalls nicht mehr zulässig (faktisches Sozialstaatsverbot).

Ordnungsausschuss

Innenstadtmarkt beschlossen

Mit einem Monat Verzögerung – die PDS hatte bereits im Januar einen entsprechenden Antrag gestellt, der zunächst in den Arbeitskreis City-Markt verwiesen wurde – hat der Ordnungsausschuss in seiner letzten Sitzung die Einrichtung eines Wochenmarktes in der Innenstadt beschlossen. Er soll dienstags und freitags an der Marktkirche stattfinden, so dass sich ein Ende der jahrelangen Diskussion abzeichnet. Damit hört die positive Seite der Meldung jedoch auf. Denn CDU und SPD haben nicht etwa den Vorschlag der Bürgerschaft Essen-Stadtmitte aufgegriffen, die als Standort des Marktes den Bereich der Porschekanzel vorgeschlagen hat, also südlich der Marktkirche. Stattdessen will die Ausschuss-Mehrheit den Markt seitlich der Marktkirche, Kettwiger Strasse bis Flachsmarkt angesiedelt wissen. Dieser Bereich ist etwas abseitiger. Ausserdem soll nicht etwa die Bürgerschaft selbst den Markt organisieren. Vielmehr wurde er in die Hand der EBE gelegt – die sich lange dagegen gesträubt hat.

Sachlich sind die Argumente für den anderen Standort nicht nachvollziehbar. Das führte auch die PDS im Ausschuss aus, in dem es einmal mehr hoch her ging. Es ist schlicht falsch, wenn die Essener Marketing-Gesellschaft auf rund 100 Tage hinweist, an denen der Bereich durch andere Veranstaltungen blockiert ist. Etliche der Veranstaltungen sind nämlich nicht an Dienstagen oder Freitagen. Beim Weihnachtsmarkt sind in den letzten Jahren auch auf der jetzt beschlossenen Markt-Fläche Stände gewesen, so dass ohnehin Ausweichmöglichkeiten geschaffen werden müssen.

Die Bürgerschaft E.-Stadtmitte befürchtet denn auch, dass manch einer möchte, dass sich der Markt schnell wieder totläuft. Es gilt also, die weitere Entwicklung gut im Auge zu behalten. *wof*

Betriebliche Aktion gegen den Irak-Krieg am 14.3. bei Kennametal Widia. In der Bezirksvertretung III Essen-West wird am 3.4. ein gemeinsamer Antrag von SPD, Grünen und PDS behandelt, „Cities for Peace“ wenigstens bezirklich zu unterstützen.

Personalausschuss

Ein Hausmeister für jede Schule

Im Rahmen der Sparmaßnahmen bei der Stadt werden jetzt massiv Schulhausmeisterstellen gestrichen. Die Kürzungen sind zwar schon lange beschlossen. Besonders an den Schulen, bei denen die Hausmeisterstellen ganz wegfallen, regt sich jedoch der Prostest von Eltern, Kindern und Schulleitungen. Die Aufgaben sollen die Hausmeister von Nachbarschulen miterledigen. Schulhausmeister wechseln aber nicht nur die Birnen aus, sie haben eine wichtige Funktion als Ansprechpersonen für die Kinder. Pendeln die Hausmeister zwischen zwei Schulen, können sie die soziale Funktion nicht mehr wahrnehmen. Die Sicherheit in den Schulen sinkt.

Nachdem er ursprünglich zugestimmt hat, fordert der Personalrat der Stadt jetzt, dass mindestens ein Hausmeister an jeder Schule bleiben muss. Er will das soziale Profil der Hausmeister schärfen.

In der Bezirksvertretung III Essen-Westen hat die PDS einen Antrag eingebracht, der eine Überprüfung der Streichungen fordert. Insbesondere an der Hüttmannschule in Essen-Altendorf hat es Protest gegen die Versetzung der Hausmeisterin gegeben, die sehr beliebt ist. Bei der Hüttmannschule berücksichtigt das Konzept überhaupt nicht, dass die Schule auch im Stadtteil wichtige Aufgaben wahrnimmt. Nachmittags findet z.B. Sprachunterricht statt. *syb*

Kulturausschuss

Bericht zum Stand Stadtarchiv

Die PDS-Gruppe hat für die nächste Sitzung des Kulturausschusses einen Sachstandsbericht zu möglichen Änderungen des geplanten Standortes für das Stadtarchiv beantragt. Aus Kostengründen prüft die Verwaltung derzeit einen Verzicht auf den geplanten Neubau am Segeroth und die Verlagerung des Archivs in die leerstehende, ehemalige Bundeswehrkaserne in Kray. „Stadtgeschichte in die Kleiderkammer?“, titelte die „NRZ“ am 19.2.2003. Was für das Archiv allein vielleicht noch gehen würde, ist für die Ausstellung „Essen im Nationalsozialismus“ völlig undenkbar. Die Ausstellung, seit Jahrzehnten in der Alten Synagoge angesiedelt, sollte laut Ratsbeschluss vom 23.1.2002 in das neue Stadtarchiv integriert werden, das zum „Haus der Geschichte“ werden sollte. Schon diese Verlagerung war problematisch. Das meinte auch u.a. die VVN-BdA. Die ehemalige Krayer Kaserne kann der Ausstellung bestimmt keinen tragbaren Ersatzort bieten. Das Gedenken an den Faschismus darf nicht an den Stadtrand verdrängt werden! *wof*

von Seite 1 ···➜

des Umsatzes der Einkaufszentrum in den Nachbarstädten Mülheim und Oberhausen entstehen würde: Das Argument, ein Teil der von Essen abgeflossenen Kaufkraft könne zurückgeholt werden, ist mehr als fragwürdig. In Sonntagsreden ist von der Ruhrstadt die Rede, geht es um Stadtplanung ist kleinkariertes Kirchturmsdenken angesagt.

Der Berliner Platz sollte dem Stadtbild etwas Einzigartiges hinzufügen, etwas, was es so in den benachbarten Städten nicht gibt. Da hat die CDU jetzt das Richtige gefunden: Ein Einkaufszentrum ... *Heinrich Hellwig*

Termine

Donnerstag, 27. März
Der Rückzug ins Private. Informationsveranstaltung von attac und Philippinenbüro zu GATS und Privatisierung von Dienstleistungen. 19.00 Uhr, DGB-Haus, Schützenbahn 11-13

Freitag, 28. März
„Hearing“ der PDS-Ratsgruppe zum städtischen Haushalt 2003/04. 18.00 Uhr, Rathaus, Raum 1.16 „Tampere“

Samstag, 5. April
Aktion gegen den Irak-Krieg. Genaueres wird im Essener Friedensforum noch festgelegt. 11.00, Porschekanzel

Was war letzte Ratssitzung

Rat beschließt kritische Resolution zur **Offenen Ganztagsschule.** In dem mit den Stimmen von CDU, FDP, Grünen und PDS verabschiedeten Text erwartet der Rat von der Landesregierung die Übertragung von Kompetenzen zur Entwicklung offener Ganztagsschulen, die Bereitstellung von zeitlichen Ressourcen für das Schulpersonal, das mit der Konzepterarbeitung für offene Ganztagsschulen befasst ist; sowie die Bereitstellung finanzieller Mittel. Nur so kann ein qualitativ hohes Ganztagsangebot erbracht werden, das über eine bloße Betreuung und Beaufsichtigung hinausgeht.

Rückbau der Kindertagesstätten läuft ohne Stopp weiter. Das bestehende Konzept zum Rückbau von Betreuungsangeboten für Kinder in Essen verursacht Unsicherheiten bei den betroffenen Eltern. Deshalb forderte die SPD in einem Antrag den vorläufigen Stopp des Rückbaus, um die Kriterien zu überprüfen. Abgelehnt – die PDS unterstützte den Antrag als einzige Ratspartei.

Der Rückbau darf nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung durchgeführt werden. Vielmehr geht es darum, die regionale, stadtteil- und quartiersbezogene Versorgung sicherzustellen. Es nutzt einer Familie im Essener Norden nichts, wenn in Rüttenscheid oder Bredeney Kindergartenplätze frei sind, wie sollen sie da morgens und abends hinkommen?

Umlage an Landschaftsverband Rheinland nicht gekürzt. In der Vorlage forderte die Verwaltung die Ablehnung der Erhöhung des Umlagesatzes des Landschaftsverbandes Rheinland für das Jahr 2003. Der Landschaftsverband sollte damit gezwungen werden, seinen nicht gedeckten Haushalt selbst in den Griff zu bekommen.

Ebenso wie CDU und FDP lehnte die PDS-Ratsgruppe die Vorlage ab. Gabriele Giesecke verwies auf die solidarische Finanzierung des Landschaftsverbandes durch die Kommunen. Seine Aufgaben sind zu ca. 80% Pflichtaufgaben, überwiegend im sozialen Bereich. Mit einer Ablehnung der Erhöhung des Umlagesatzes würde die Stadt sich ins eigene Fleisch schneiden. *Hans-Jürgen Schwartz*

Erstes Kinderforum im Stadtteil

„Kinder haben Rechte!“ ... am 1.4.2003 in Altendorf

Nein, es ist kein April-Scherz! Nach über einjähriger Vorbereitung und einigen politisch-bürokratischen „Hürden“ findet am 1.4.2003 das erste Kinderforum im Essener Westen statt. Ab 15.30 Uhr soll im „Haus 3“ der Gesamtschule Bockmühle nicht nur über Kinder geredet werden, sondern mit ihnen. Das Forum soll Kindern von 9 bis 14 Jahren politische Entscheidungsprozesse näher bringen und mehr Einflussmöglichkeiten gegenüber Politik und Verwaltung im Stadtteil bieten. Der viel zu oft nur auf dem Papier stehende Anspruch der Stadt Essen, „Großstadt für Kinder“, soll mit mehr Leben gefüllt werden.

Seit gut zwei Jahren läuft bereits das Kinderforum Rathaus. Es ist inzwischen von einer vielen Schulklassen besucht worden. In den Stadtteilen, im nächsten Lebensumfeld der Kinder, gibt es bisher in der Regel jedoch keine ähnlichen Einrichtungen. Neben projektorientierten Kinderbeteiligungen ist nur der Bezirk V Essen-Altenessen eine Ausnahme. Dort hat die Bezirksvertretung auf Initiative der Bürgerliste Nord einen Kinderrat beschlossen. Jedes Vierteljahr treffen sich bis zu 80 Kinder, um ihre Forderungen und Wünsche an die Stadtteilpolitik zu formulieren.

Im Essener Westen hat im Oktober 2001 die PDS einen Antrag zur Einrichtung eines Arbeitskreises Kinderrat gestellt. Die Bezirksvertretung III lehnte ihn bei Stimmengleichheit ab. SPD und Grüne stimmten zu, die CDU dagegen. Die Arbeit der Kinderbeauftragten und die vorhandenen Möglichkeiten zur Kinderbeteiligung seien ausreichend, so damals CDU-Fraktionsvorsitzender Rolf Liebeskind.

Nach einer Veranstaltung der PDS zum Thema im Januar 2002 gründete sich ohne den Segen der Bezirksvertretung ein parteiunabhängiger Arbeitskreis. Da unter „Kinderrat“ manchmal ein gewähltes Vertretungsgremium verstanden wird – was in Altenessen allerdings auch nicht der Fall ist – verständigte man sich auf den Begriff Kinderforum Stadtteil. Ansprechpartnerin ist seit einiger Zeit Birgit Everding vom Team III Bezirkliche Jugendarbeit. Seit kurzem gibt es auch im Jugendamt konkrete Festlegungen zur Förderung von Kinderforen im Stadtteil. Jedes Team der Bezirklichen Jugendarbeit soll jährlich mindestens drei in „ihrem“Bezirk organisieren.

Werbung läuft

Zur Zeit läuft in Kinderhorten und Schulen die Werbung für das erste Kinderforum Altendorf. Das Programm steht. Die Altendorfer Kinder-Theatergruppe „Die Nervensägen“ führt ein Stück mit dem Titel „Abenteuer Altendorf“ auf. Anschließend folgen Diskussion und Austausch mit Bezirkspolitiker/innen und vier Arbeitsgruppen („Wir verschönern Altendorf“, „Wir basteln einen Monster-Mülleimer“, „Würfeln für mehr Beteiligung“ und „Wir erleben unseren Stadtteil in Theaterszenen“). Die Arbeitsgruppen werden zum Schluss ausgewertet, Forderungen formuliert.

Die Kinderbeauftragten des Bezirks III übernehmen die Moderation des Kinderforums. Stehen und fallen wird es mit der Teilnahme der Kinder. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich etwas geändert hat. Auch die CDU kam zum letzten Arbeitskreis – der Erfolg hat eben viele Väter. Erfreulich wäre es, wenn dann Vorschläge der Kinder für Verbesserungen ihres Umfeldes im Stadtteil umso schneller umgesetzt werden, auch wenn es Geld kostet. *Wolfgang Freye*

Für eine friedliche Welt – Völkerrecht statt Bomben! Kein Blut für Öl! Heraus zum Ostermarsch Rhein-Ruhr 2003

Sonntag, 20.4.
Start des Fahrradcorsos: 10 Uhr, Essen, Willy-Brandt-Platz
Montag, 21.4.
Auftakt: 11.00 Uhr, Bochum-Werne, Kirchvorplatz. ***Friedensfest: Ab 16 Uhr, Dortmund, „Depot“***

Impressum:

„Stadtrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen
An St. Marien 1, 45141 Essen. Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906
www.pds-essen-im-rat.de,
e-mail buero@pds-essen-im-rat.de

Bestellschein: Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das „Stadtrotinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....

Name, Vorname Straße

.....

Postleitzahl, Ort Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.